



Mitglieder der GUE/NGL im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Europäischen Parlament



Inès ZUBER (PT)
stellvertretende Vorsitzende



Gabi ZIMMER (DE)



Thomas HÄNDEL (DE)
Koordinator GUE/NGL



Patrick LE HYARIC (FR)



Georgios TOUSSAS (EL)



Paul MURPHY (IE)

Nähere Auskünfte zu den Informationen in diesem Merkblatt erteilt Klaus Dräger: klaus.draeger@europarl.europa.eu.

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Europäisches Parlament
rue Wiertz 43, B-1047 Brüssel
T +32-(0)228-42683
F +32-(0)228-41774

Hergestellt von der Abteilung Veröffentlichungen der GUE/NGL-Fraktion:

guengl-communications@europarl.europa.eu

Fotos: iStockphoto, Europäisches Parlament, Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – ATD Quart Monde (BE).

Gestaltung: Dominique Boon

Druck: Dossche Printing

© GUE/NGL – Brüssel 2012

Auf Recyclingpapier gedruckt

Neuer Anlauf im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung



Die GUE/NGL unterstützt die Forderung des Parlaments, verbindliche Zielvorgaben für die Einkommensarmut im Rahmen der EU-Strategie zur Armutsbekämpfung einzuführen:

- eine EU-Vorgabe für **Mindesteinkommensregelungen und beitragspflichtige Ersatzeinkommenssysteme** (z. B. Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Mindestrente usw.), die eine Einkommensstützung in Höhe von mindestens 60 % des nationalen Medianwerts des verfügbaren Äquivalenzeinkommens leisten sollen; dies sollte ferner in einer neuen EU-Richtlinie über den *grundlegenden Anspruch jedes Menschen auf ausreichende Zuwendungen und Leistungen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können* verankert sein;
- eine EU-Vorgabe für **Mindestlöhne** (gesetzlich, tarifvertraglich vereinbart auf nationaler, regionaler oder Branchenebene), die eine Vergütung in Höhe von mindestens 60 % des maßgeblichen Durchschnittslohns gewährleisten.

Die GUE/NGL hält daran fest, dass sowohl die relative als auch die absolute Armut beseitigt werden muss, dass die bereichsübergreifenden Aspekte der Armut und sozialen Ausgrenzung in der EU-Strategie in Angriff genommen und die universellen und gezielten gemeinschaftlichen Verpflichtungen in allen Mitgliedstaaten erfüllt werden müssen.

Ein verlorenes Jahrzehnt

2000: Im Zuge der Lissabon-Strategie verpflichtete sich die EU, „die Kinderarmut zu beseitigen“ und bis zum Jahr 2010 „eine entscheidende und spürbare Verringerung der Armut und sozialen Ausgrenzung zu erreichen“.

2001: 55 Millionen Menschen in der EU sind von einkommensbedingter Armut bedroht (15% der Bevölkerung der EU-15).

2010: (neueste Statistik), beinahe 81 Millionen Menschen (16,4% der Bevölkerung der EU) und eines von vier Kindern in der EU sind von einkommensbedingter Armut bedroht.

2000-2010: Zehn Jahre Lissabon-Strategie bedeuten im Hinblick auf die Verringerung der Armut und der sozialen Ausgrenzung einen völligen Fehlschlag. Aufgrund des in der Lissabon-Strategie verankerten Strebens nach flexibleren Arbeitsmärkten war der Preis für die sinkende Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum eine Zunahme unsicherer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Das erzeugte 2010 den gar nicht beabsichtigten Effekt, dass etwa 8,5% der Arbeitnehmer in der EU armutsgefährdet waren (Stichwort: Armut trotz Arbeit).

Der Gedanke, dass Beschäftigung der beste Weg sei, um Menschen aus der Armut zu führen, verlor vor dem Hintergrund überflexibler Arbeitsmärkte und der steigenden Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse seine Gültigkeit.



Die EU-Politik schlägt einen falschen Kurs ein

Im Jahr 2010 einigte sich der Rat auf ein neues Kernziel: Bis zum Jahr 2020 sollte die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen sinken. Im Rahmen der Strategie Europa 2020 wurde ein neuer Indikator zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung (AROE) eingeführt, wobei relative Einkommensarmut, materielle Entbehrung und Menschen, die in Haushalten mit niedriger Erwerbsbeteiligung leben, berücksichtigt werden. Gemäß diesem Indikator waren im Jahr 2010 beinahe 116 Millionen Menschen (23%) in der EU von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Wenn die im Rahmen der Strategie Europa 2020 festgelegten Ziele erreicht würden, würde die Zahl der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, lediglich um 17% verringert werden.

Angesichts einer Arbeitslosenrate im zweistelligen Bereich (im Jahr 2012 liegt der EU Durchschnitt bei 10,5% und der Durchschnitt im Euroraum bei 11,4%) und des Rückfalls in Rezession und wirtschaftliche Stagnation wird die Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung in den nächsten zehn Jahren viel schwieriger werden.

Die EU-Organe legen den Mitgliedstaaten nahe, im Zuge des gemeinsamen Sparkurses und der neoliberalen Strukturreformen (wirtschaftspolitische Steuerung in der EU, Europa 2020, Euro Plus Pakt, Fiskalpolitischer Pakt) harte Einschnitte bei den Sozialausgaben vorzunehmen, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren und bei Gehältern, Renten und Lohnverhandlungen Zurückhaltung zu üben. Solche Maßnahmen werden in Ländern, die sich unter der Vormundschaft der Troika aus Kommission/EZB/IWF befinden, aber auch in denjenigen Ländern mit gravierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, darunter viele osteuropäische EU-Mitgliedstaaten, mit harter Hand umgesetzt. Dadurch werden Armut und soziale Ausgrenzung in Zukunft noch verstärkt, nicht verringert.



Schaffung der Voraussetzungen für die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) lehnt den neuen Anlauf der EU zum Abbau öffentlicher Dienstleistungen und des Wohlfahrtsstaates vehement ab. Die Fraktion fordert:

- ein gezieltes EU-Konjunkturprogramm für die kommenden fünf Jahre, das insbesondere den von einer wirtschaftlichen Rezession betroffenen Ländern zugute kommt, um wirtschaftliche Stagnation und steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen;
- Verwendung von einem Prozent des BIP der EU pro Jahr für Investitionen in die ökologische und sozial nachhaltige Entwicklung, um die Gleichstellung der Geschlechter, die Vollbeschäftigung mit qualifizierten, ‚grünen‘ und ‚weißen‘ Arbeitsplätzen (im Sektor Gesundheitswesen und Sozialdienstleistungen), Sozialleistungen sowie einen besseren sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern, flankiert von ähnlichen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten;
- eine neue makroökonomische Politik der EU unter dieser Prämisse, um die Voraussetzungen für die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu schaffen.



Vor diesem Hintergrund fordert die GUE/NGL:

- ein verbindliches EU-Kernziel, um Armut und soziale Ausgrenzung um die Hälfte zu verringern, und Teilziele, um Kinderarmut und Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2015 zu beseitigen.

